



## **Irsee 2015:**

### **Fraktionschef Rinderspacher: 83 Prozent der Bayern sehen hier Handlungsbedarf - Deutliche Kritik an derzeitigen Freihandelsverhandlungen**

Die SPD-Landtagsfraktion befasste sich bei ihrer traditionellen Klausurtagung in Kloster Irsee hauptsächlich mit der sozialen Gerechtigkeit. Der Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher betonte zum Auftakt: "Bei der sozialen Gerechtigkeit gibt es im Freistaat erheblichen Nachholbedarf. 83 Prozent der Bayern sind einer aktuellen Umfrage zufolge der Ansicht, dass die Politik mehr tun muss, um die Armut von Familien, Kindern und Rentnern zu bekämpfen." Rinderspacher sagte, die SPD verstehe sich als soziales Korrektiv der bayerischen Staatsregierung. "Die soziale Gerechtigkeit ist der Markenkern der SPD. Der Markenkern der CSU ist hingegen die Selbstbeschäftigung."

Ein Schwerpunkt der Klausurtagung war das Thema Flüchtlinge und Integration. Die SPD-Fraktion erwartete dazu als Gast den Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Dr. Manfred Schmidt. Außerdem hat die Fraktion ein bayerisches Integrationsgesetz und ein Gesetz für Mindeststandards bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf den Weg gebracht.

### **SPD kritisiert Bekenntnis der CSU zu TTIP**

**"Ein Ja zu diesem Freihandelsabkommen missachtet die Interessen der bayerischen Bevölkerung"**

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher warf der CSU mit ihrer in Kreuth beschlossenen Unterstützung des Freihandelsabkommens TTIP eine Missachtung der Interessen der bayerischen Bevölkerung vor. "In diesem TTIP, wie es derzeit diskutiert wird, stecken jede

Menge inakzeptable Regelungen. Diesen dürfen wir nicht zustimmen. Die privaten Schiedsgerichte zum Schutz von Konzernen widersprechen unserem Rechtsstaat. Wir dürfen es auch nicht zulassen, dass Arbeitnehmerrechte, hohe europäische Lebensmittelstandards und die bewährte kommunale Daseinsvorsorge amerikanischen Gewinninteressen untergeordnet werden."

Rinderspacher verwies darauf, dass die bayerische Wirtschaft sehr gut mit den bisherigen Export-, Zoll- und Handelsbedingungen zurechtgekommen und extrem erfolgreich sei. "Natürlich sind wir für weitere Verbesserungen hier offen - aber nicht zu Lasten unserer Gesundheit, der sozialen Gerechtigkeit und unseres Demokratieverständnisses. Im Gegensatz zur CSU ist uns das wichtig! Diese Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada dürfen so nicht kommen", betonte der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende.

Rinderspacher richtete einen Appell in Richtung der CSU-Fraktionsklausur in Wildbad Kreuth, im Kampf für die Rechte der Bürger und gegen reine Konzerninteressen zusammenzuarbeiten: "Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA dürfen in der derzeitig verhandelten Form nicht kommen! Der Schutz unserer Lebensmittel und die Standards im Umweltschutz sowie bei Arbeitnehmerrechten dürfen nicht zugunsten vermeintlicher Handelserleichterungen aufs Spiel gesetzt werden. Und es ist absolut inakzeptabel, die unabhängige Justiz durch private Schiedsgerichte auszuhebeln."

## **Umweltverschmutzung ist kein Kavaliersdelikt**

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Klausurtagung im schwäbischen Bildungszentrum Kloster Irsee mit dem Thema Natur- und Umweltpolitik begonnen. Im Mittelpunkt standen die Bewahrung der Alpen und der Schutz des Grundwassers sowie das Vorgehen gegen Umweltkriminalität.

Der Vorsitzende des Bund Naturschutz, Professor Hubert Weiger, und die SPD-Landtagsfraktion wollen eine breite Allianz für den Gewässerschutz in Bayern schmieden. "Wasser ist die wichtigste Ressource, die wir dringend schützen müssen", erklärte Weiger vor den 42 SPD-Landtagsabgeordneten. Weiger forderte, mehr Ökolandbau, weniger Maisanbau sowie Gewässerrandstreifen zum Schutz der Gewässer vor Schadstoffen. Der SPD-Umweltsprecher Harry Scheuenstuhl verwies darauf, dass 40 Prozent des Wassers im Freistaat gefährdet sind. Das Grundwasser müsse vor Nitratreintrag und Pestiziden geschützt werden. Scheuenstuhl will unter anderem ein Verbot von besonders gefährlichen Pflanzenschutzmitteln.

Die SPD forderte weiter ein entschiedeneres Vorgehen gegen Umweltkriminalität in Bayern. Der SPD-Verbraucherpolitiker Florian von Brunn hielt eine spezialisierte Ermittlungseinheit Umweltkriminalität im Landeskriminalamt für dringend erforderlich. Zusätzlich soll eine entsprechende Stabsstelle im Umweltministerium geschaffen werden. "Die Entsorgung von Abfall im Wald, die Verschmutzung von Böden sind keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten - und die wollen wir in jedem Fall verfolgt sehen. Auch das illegale Töten von Wildtieren gehört für mich dazu." Die SPD-Landtagsfraktion setzte sich für einen nachhaltigen Schutz der Alpen ein. Im Mittelpunkt stehe dabei der umweltverträgliche Verkehr und Tourismus. Der Bergwald und die Artenvielfalt sollten durch Ausweitung und Schaffung von Schutzgebieten bewahrt werden.

## **Bei Industrie 4.0 müssen die Interessen der Menschen in den Vordergrund gestellt werden**

Im Rahmen der Fraktionsklausur der SPD-Landtagsfraktion im schwäbischen Kloster Irsee hatten die Wirtschaftsexperten der Fraktion gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, gefordert, den Menschen in der neuen digitalen Industrie mehr in den Mittelpunkt zu stellen. "Die Chancen der neuen Arbeitswelt sind immens. Es gilt, sie zu ergreifen und gleichzeitig die möglichen Risiken zu minimieren", betonte die wirtschaftspolitische Sprecherin, Annette Karl.

"Durch die Entwicklungen haben sich die Wirtschaftsbeziehungen immer mehr beschleunigt. Theoretisch ist es möglich, nicht mehr an einen Arbeitsort gebunden zu sein - insbesondere für die Familienpolitik birgt das Chancen", stellte Karl fest. Die Politik sei jetzt aber gemeinsam mit den Arbeitgebern in der Verantwortung, Grenzen zu ziehen - um die psychische und physische Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu gefährden, zum Beispiel durch dauerhafte Erreichbarkeit.

Vassiliadis sagte im Rahmen einer Pressekonferenz, man dürfe die technische Entwicklung nicht einfach unkritisch hinnehmen: "Wir müssen sie gestalten, dafür ist ein politischer Rahmen notwendig." Er dankte der SPD-Fraktion, dass sie sich dieses Zukunftsthemas so intensiv annehme.

Der industriepolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion, Bernhard Roos, ermunterte die Wirtschaft, sich auch der technischen Entwicklung anzupassen. "Deutschland ist Industrieausrüster der Welt", betonte der Passauer SPD-Abgeordnete. "Dringend notwendige Investitionen in technische Innovation, aber auch Datenschutzmaßnahmen dürften nicht ignoriert werden. "Es darf nicht sein, dass sensible Daten, zum Beispiel von Kunden, auf unsicheren Wegen übertragen werden."

Im Einzelnen forderte Karl insbesondere die Einrichtung eines Kompetenzzentrums "Arbeit 4.0" zur Erforschung der technologischen Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen zur Arbeitswelt. Dieses könne an einer Universität oder Fachhochschule im Freistaat angesiedelt werden

Karl mahnte an, vor allem anderen die notwendige Infrastruktur zu schaffen. "Um die gesamte Entwicklung wirklich voranzutreiben, braucht es zu allererst eine flächendeckende Breitbandversorgung", so Karl. "Das Ziel, überall in Bayern eine Mindestgeschwindigkeit von 50 MBit/Sekunde zu ermöglichen, wurde offenbar von der Staatsregierung aufgegeben. Die CSU meint, 30 Mbit/Sekunde würden ausreichen, aber das ist jetzt schon technologische Steinzeit. Wir wollen eine stabile und zukunftsorientierte Versorgung mit schnellem Internet! Die Staatsregierung muss dieses Vorhaben endlich richtig umsetzen, um ein drittes teures Förderungsprogramm zu vermeiden."

## **Asyl: SPD beschließt Gesetzesinitiative**

### **Ein neues Gesetz soll Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte festlegen. Das hat die SPD bei ihrer Klausur beschlossen.**

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Weikert, fordert eine Verstärkung der Asylsozialarbeit in Bayern. Bei der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, sagte Weikert: "Der Personalschlüssel für die Asylsozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und in der dezentralen Unterbringung muss so verbessert werden, dass ein Berater auf 100 Flüchtlinge kommt."

Schmidt kündigte in einem Pressestatement in Kloster Irsee an, die Dauer der Asylverfahren von derzeit etwa sieben Monaten weiter verkürzen zu wollen. Dies sei durch die Schaffung neuer Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge möglich. Auch die Personalverstärkung von 300 Stellen in 2014 und 350 Stellen im laufenden Jahr trage dazu bei, die Verfahren zu beschleunigen.

Die SPD-Sozialpolitikerin bedankte sich in diesem Zusammenhang bei den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren: "Ihre freiwillige und großzügige Hilfe trägt dazu bei, dass die heimatlosen Menschen bei ihrer Ankunft in Bayern ein Stück Geborgenheit erfahren. Wir unterstützen diese Arbeit und werben für Offenheit und Akzeptanz in der bayerischen Bevölkerung."

Die SPD-Landtagsfraktion will ein nachhaltiges Konzept für die Integration der anerkannten Flüchtlinge mit folgenden Punkten:

- Deutschkurse: Flächendeckendes Angebot an Deutschkursen ist der Schlüssel zur Integration.
- Arbeitserlaubnis: Die SPD hat auf Bundesebene erreicht, dass Asylbewerber früher als bisher arbeiten dürfen und nicht zur Tatenlosigkeit verurteilt sind.
- Herausforderungen in Europa gemeinsam lösen: Alle europäischen Staaten müssen sich auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge verständigen.